

# Protokollauszug

aus der

## 39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

vom 24.04.2018

---

öffentlich

### **Top 5 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)**

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) gibt zunächst einen Kurzüberblick über die Zielstellungen sowie die Zielgruppen. Anschließend gibt er einen Überblick die Projekte 2018 im Vergleich zu 2017 und weist darauf hin, dass im Jahr 2018 die Vermittlungsquote von 16 % auf 28 % erhöht werden soll. Es wird davon ausgegangen, dass ein großer Teil der Geflüchteten in Arbeit kommen wird.

Auf Nachfrage sagt Herr Dübner zu, die Zahlen der Bundesförderung nachzureichen.

Herr Dübner macht auf die Eröffnungsfeier für den neuen Beratungsstandort am 03.05.2018 im Erlenhof 32 aufmerksam. Alle Ausschussmitglieder sind herzlich eingeladen. Der Beratungsladen wird intensiv mit dem Bürgerhaus am Schlaatz und dem Friedrich-Reinsch-Haus zusammenarbeiten um Parallelangebote zu vermeiden.

Er betont, dass eine Kooperation, bei der Schließung der zentralen Spendensammelstelle zum Ende des Jahres, mit der Schatztruhe der AWO beabsichtigt ist. Es gibt auch Kontakte zur Potsdamer Tafel.

Herr Schubert ergänzt, dass laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung eine Spendenstelle vorgehalten werden soll. Mit dem Beschluss muss jetzt entsprechend umgegangen werden. Es wird geprüft, das Angebot mit einer sinnvollen Kooperation in anderer Form weiter vorzuhalten.

Anschließend gibt Herr Dübner einen Ausblick auf die Ziele für 2018.

Er informiert, dass ca. 80 Geflüchtete in diesem Jahr die Oberstufenzentren in Potsdam verlassen. Lediglich ca. 10 % bis 15 % werden in Ausbildung gehen können, hierbei wird das Sprachniveau der ehemaligen Geflüchteten als grundlegende Herausforderung gesehen. Herr Dübner erklärt, dass er über die Bildungskoordination mit dem BAMF im Gespräch ist, um Sprachkurse nach dem Verlassen der OSZ anzubieten. Das BAMF hat bereits Unterstützung zugesagt.

Auf Nachfrage wird deutlich, dass es sich bei den Oberstufenklassen um schulpflichtige junge Geflüchtete handelt.

Herr Schubert weist darauf hin, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt Potsdam handelt. Es muss gemeinsam überlegt werden, wie die Fachstelle besser in die Arbeit eingegliedert werden kann, aber auch ein Stück Verstetigung erfolgen kann, auch um die Kolleginnen und Kollegen aus dem Projektstatus in eine feste Anstellung zu bekommen.